

24. September 2010

## **Antrag**

**der Mitglieder der Bezirksversammlung  
Thomas Ritzenhoff, Anja Quast, Uwe Lohmann,  
Regina Jäck, Lars Kocherscheid, Lars Pochnicht,  
André Schneider, Rainer Schünemann (SPD) und Fraktion**

### **Bürgernähe erhalten - keine Zentralisierung originärer bezirklicher Aufgaben wie Tiefbau und Grün!**

Der Senat hat sein Sparprogramm offen gelegt. Insgesamt sollen mit dem nächsten Doppelhaushalt in den Jahren 2011/2012 jeweils 510 Millionen Euro eingespart werden. Die Sparbeschlüsse treffen viele Bereiche – ein besonderer Sparansatz wird im Zentralisieren der durch die Bezirksverwaltungsreform der letzten Jahre neu geschaffenen Fachämter „Management des öffentlichen Raumes“ der Bezirke gesehen, welche bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) neu angesiedelt werden sollen.

Mit dieser Entscheidung wird die Bezirksverwaltungsreform ad absurdum geführt. Es entsteht weniger Transparenz, weniger Bürgernähe und der Gestaltungsrahmen der Kommunalpolitik über die Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse wird stark beschnitten. Zu befürchten ist ferner, dass hierdurch nicht nur eine größere Distanz zwischen Verwaltung und Bürger geschaffen wird, sondern durch die laut Senat angestrebte Einführung eines Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnisses zwischen LSBG und Bezirken auch unnötige Doppelstrukturen geschaffen werden.

Bei der endgültigen Herstellung von Straßen tragen die Bürgerinnen und Bürger einen erheblichen Teil der Kosten für die jeweilige Maßnahme. Deswegen wurde ein Verfahren etabliert, das sie schon frühzeitig in die Planungen einbezieht. Die Zentralisierung des Fachamtes bedeutet für dieses Verfahren einen Rückschritt. Die Bürgerinnen und Bürger bleiben auf der Strecke.

*Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung:*

1. Die Bezirksversammlung Wandsbek lehnt die Zusammenführung der sieben bezirklichen Tiefbau- und Grüneinheiten aus dem Fachamt Management des öffentlichen Raumes zu einer zentralen Tiefbau- und Grüneinheit im Landesbetrieb „Straßen, Brücken, Gewässer“ (LSBG) ab.
2. Im Sinne von mehr Bürgernähe, Transparenz und den gesetzlich vorgegebenen Mitbestimmungsrechten der Bezirksversammlung lehnt die Bezirksversammlung Wandsbek die Zentralisierung der baufachlichen Abwicklung für die endgültige Herstellung von Anliegerstraßen bei der BSU ab.
3. Das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung teilt den zuständigen Fachbehörden das Missfallen und die ablehnende Haltung der Bezirksversammlung über diese Sparvorschläge mit.